

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 28. Ratssitzung vom 12. Dezember 2018

692. 2018/351

Weisung vom 19.09.2018:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 27, Beschluss-Nr. 692/2018)

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 033. und 034. (Postulat GR Nr. 2018/466).

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Pärparim Avdili (FDP) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 633/2018): Im Jahr 2017 wurden 270 Millionen Franken Grundstückgewinnsteuern budgetiert. Die Rechnung 2017 weist aber 394 Millionen Franken aus, was fünfzig Prozent mehr entspricht. Für das Jahr 2018 wurden 250 Millionen Franken budgetiert, für das Jahr 2019 sollen es nur noch 200 Millionen sein. Der Stadtrat kann nicht zufriedenstellend beantworten, warum für das kommende Jahr weniger budgetiert werden soll. Gleichzeitig verweist er sogar auf die unveränderte Höhe der Handänderungsanzahl. Zudem bestätigt er, dass neunzig Fälle mit einer Depotleistung von mindestens einer Millionen Franken in Bearbeitung sind. Dass der Stadtrat auf die konkrete Frage nicht konkret auf die Gesamtsumme der Depotleistung eingehen kann, bestätigt unseren Antrag. Auch die Marktentwicklung im Immobilienmarkt stützt unseren Antrag und löste ihn überhaupt aus. Das statistische Amt des Kantons weist auf anhaltende Transaktionen hin und insbesondere bauen institutionelle Anleger ihr Immobilienportfolio um, um alternative, stabile Investments zu tätigen. Die Anleger kaufen keine Einfamilienhäuser, sondern solche, die Steuern generieren werden. Der Stadtrat möchte als Fan von Steuereinnahmen mit seiner Strategie wahrscheinlich zugreifen, wenn die Gesamtrechnung nicht mehr aufgeht. Im Sinne einer transparenten Budgetierung fordern wir Wahrheit und Klarheit über diese Zahlen und eine entsprechende Korrektur auf 250 Millionen Franken. Mit dem Postulat fordern wir gleichzeitig, dass der Stadtrat in Zukunft jeweils die Depotleistung, die vom Steueramt sehr genau berechnet wird, entsprechend periodengerecht in den Ertrag verbuchen soll. Das hat keinen Einfluss auf den Budgetposten. Das Postulat stellt etwas transparent, das sowieso geschehen soll. Das Postulat entspricht nicht einer politisch-ideologischen Angelegenheit, sondern einer sauberen Budgetierung.

Shaibal Roy (GLP): Eine kleine Korrektur: Für das Jahr 2019 sind nicht 200 Millionen, sondern 220 Millionen Franken budgetiert. Die Grundstückgewinnsteuer ist von einer Desinvestitionsphase der Finanzbranche geprägt. Mittlerweile ist die Phase nahezu

vorüber; wir wissen, um welche Gebäude es sich handelte. Ausserdem ist die Versicherungsbranche nicht darauf angewiesen, ihr Portfolio zu verkleinern. Vielmehr treten sie als Käufer auf dem Markt auf. Dementsprechend kann nicht mehr mit grossen Geschäften gerechnet werden. Einzelne Geschäfte hatten signifikante Auswirkungen, auch wenn die Finanzverwaltung dies aus verständlichen Gründen nicht vollständig transparent ausführen will. Wegen der neunzig Fälle, in denen die Depotleistung eine Million Franken übersteigt, kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass darum knapp 400 Millionen Franken verlangt werden können. Die Mehrheit geht davon aus, dass aufgrund der nachlassenden Desinvestitionsphase auch die Grundstückgewinnsteuer nicht mehr im Ausmass der letzten Jahre anfallen wird. Darum können wir nicht auf diesen Antrag eingehen, der wahrscheinlich im Interesse der Steuersenkung um drei Prozent gestellt wurde, da damit die drei Steuerprozent refinanziert werden könnten. Das Postulat fordert eine Veränderung in dieser Veranlagung sowie das Verrechnen der Depotleistung im entsprechenden Verrechnungsjahr. Das stellt eine machbare Möglichkeit dar, aber eine Verbuchung der Erträge sollte nicht vor der definitiven Veranlagung erfolgen. Buchhalterisch entspricht das nicht der korrekten Verbuchungspraxis, sondern vielmehr einem Trick.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat lehnt das Postulat ab, weil die Motivation dahinter relativ durchsichtig erscheint und es nicht vollständig durchdacht ist. Damit würde der Stadt als einzige Gemeinde im Kanton ein System aufgezwungen werden, das nicht mit den Vorgaben vereinbar wäre. Der Kanton schreibt uns, und allen anderen Gemeinden vor, dass wir Steuerschulden nach dem Soll-Prinzip verrechnen sollen. Wenn eine Rechnung eingefordert wird, geht sie in die Bücher. Vorauszahlungen werden in allen Bereichen nicht in die Bücher aufgenommen; das geschieht erst, wenn eine Rechnung gestellt wird. Bei Grundstückgewinnen geht es nach der Tätigkeit eines Geschäfts teilweise lange, bis eine Abrechnung möglich ist: Firmen können Verlustverträge geltend machen. Bei Stockwerkeigentum-Geschäften vergehen beispielsweise oft zwei bis drei Jahre, bis ein Abschluss möglich ist; manchmal sogar bis zu fünf Jahre. Wir stellen ein, was in diesem Jahr verrechnet wurde, was die Kommission in ihren vier Sitzungen im Jahr bewilligte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Gemeindeamt uns als einzige Gemeinde im Kanton diesen Antrag bewilligen würde. Ich verwehre mich gegen die Aussage, dass wir nicht aufzeigen können, wie viele Depotzahlungen vorhanden sind. Die RPK fragte gezielt nach Einzelliegenschaften, nicht danach, wie viele Depotzahlungen aus welchen Jahren hängig sind. Zu Einzelliegenschaften können wir wegen des Steuergeheimnisses bekanntlich keine Aussagen machen. Das unzweckmässige Postulat ist abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Pärparim Avdili (FDP): *Mit dem Antrag sagen wir, dass das nicht stimmen kann. Einerseits aus den bekannten Marktentwicklungen: Bei den Banken fanden diese Verkäufe zwar statt, nichtsdestotrotz wissen wir, dass vor allem auch von institutionellen Anlegern sehr viele Transaktionen getätigt werden. Daraus stellen wir fest, dass es sich*

3 / 34

nicht um einen Trick von uns, sondern um einen Trick des Vorstehers des Finanzdepartements handelt. Das kann ich ihm nicht übelnehmen, weil er damit eine gewisse Reserve aufbaut. Aber genau darum geht es: Er behält eine Reserve für die definitive Rechnung. Natürlich stellten wir Fragen bezüglich einzelner Liegenschaften. Wir verstanden, dass wir dann nicht die einzelnen Liegenschaften kennen werden; in der Antwort hätte ich aber erwartet, dass die Gesamtsummen der Depotleistungen aufgeführt werden. Die Depotleistungen entsprechen erfahrungsgemäss der definitiven Abrechnung. Darum sehe ich keinen Grund für die Haltung des Stadtrats, auch wenn es Einzelfälle gibt, die anders gehandhabt werden. Mit dem Vorstoss stellen wir sicher, dass diese Diskussion in Zukunft weniger stattfinden muss und mehr Transparenz geschaffen wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Es geht nicht um das Aufbauen von Reserven. Es handelt sich um eine Frage der Kapazität der Menschen: Ich hielt das Steueramt an, mehr Mitarbeitende anzustellen, als ich sah, dass die Zeitdauer zwischen dem Verkauf und dem Entscheid anstieg. Das ist der limitierende Faktor. Sie haben ein Jahr Zeit, bis sie rechtstreuere Entscheidungen fällen können.*

Felix Moser (Grüne): *Wir halten den Vorstoss nicht für sehr durchdacht. Mit ihm wird ein Einmaleffekt produziert und es kommt zu einer Verschiebung um wenige Jahre. Die Steuern würden erst nach vorne verschoben werden, dann würde aber alles wieder wie gewohnt verlaufen.*

S. 9	20 2040 Saldo	FINANZDEPARTEMENT Steueramt Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat			-2 927 682 500	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			50 000 000	-2 977 682 500	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Erhöhung der budgetierten Grundstückgewinnsteuer um 50 Millionen Franken			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

4 / 34

Antrag 035.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Wegen des steten Stellenwachstums fordern wir eine Reduktion um fünf Prozent.*

Shaibal Roy (GLP): *Das Human Resources Management (HRZ) beantragte eine neue Stelle für HR-IT- Fachapplikationen. Somit steigt die Stellenanzahl von 100 auf 101 Stellen. Für die Mehrheit ist kein Potenzial für eine Kürzung um fünf Prozent vorhanden.*

S. 184	20 2050 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
035.	Antrag Stadtrat				13 304 600	Mehrheit
			665 200		12 639 400	Minderheit
						Abwesend
						Elisabeth Liebi (SVP)
			Begründung: Stellenwachstum und Lohnkostenanstieg bremsen. Reduktion um 5 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 036.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Wegen des Stellenwachstums fordern wir eine Reduktion um fünf Prozent.*

Shaibal Roy (GLP): *Bei diesem Antrag muss es sich eigentlich um einen Fehler handeln, denn es sind die falschen Stellen, bei denen gespart werden soll. Denn es geht um junge Menschen, die nach dem Lehrabschluss keine Stelle finden. Ihnen wird eine Anschlusslösung für ein Jahr angeboten. Es ist sinnvoll, dass sie für ein Jahr weiterbeschäftigt werden können. Es handelt sich um dreissig Stellen, mit denen ein*

5 / 34

Berufserfahrungsjahr gewährt wird. Alle befinden sich in der Funktionsstufe 4. Hier wird in die Zukunft investiert.

Weitere Wortmeldung:

Martin Götzl (SVP): Selbstverständlich unterstützt die SVP Anschlusslösungen und damit eine gewisse Anzahl von Stellen. Ich bin aber nicht der Meinung, dass den jungen Menschen mit der geforderten Reduktion eine Chance verbaut wird. Ausserdem ist die Berufsbildung Sache des Kantons.

S. 189	20 2052 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Optimaler Berufseinstieg Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
036.	Antrag Stadtrat				1 599 300	Mehrheit
			80 000		1 519 300	Minderheit
						Abwesend
			Begründung: Stellenwachstum und Lohnkostenanstieg bremsen. Reduktion um 5 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 037. und 038. (Postulat GR Nr. 2018/462).

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Wegen des Stellenwachstums fordern wir eine Reduktion um ein Prozent. Wir sind der Meinung, dass diese Einsparung möglich ist.

Shaibal Roy (GLP) begründet den Antrag der Minderheit 2 und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 629/2018): Ursprünglich stellten wir den Antrag um eine Erhöhung um 500 000 Franken. Wir reduzierten den Betrag auf 250 000 Franken. Überall werden unter dem Begriff der Digitalisierung neue Stellen geschaffen. Wir mussten jedoch feststellen, dass in der Organisation und Informatik (OIZ) keine solchen Stellen bestehen. Dort wird abhängig von den erteilten Aufträgen reagiert. Wir sind der Meinung, dass gerade nach der stadträtlichen Ankündigung des Strategieschwerpunkts

«digitale Stadt» die OIZ aktiv mitgetragen werden soll. Bei der Steuerung dieser Prozesse und Projekte sollen sie eine führende Rolle übernehmen. Die zentrale Koordination bezüglich bestehender IT-Infrastrukturen werden von der OIZ zwar bereits wahrgenommen, aber im Bezug auf die Projektierungen wurde ihr bisher eine untergeordnete Rolle zugeordnet. Das soll nun verstärkt wahrgenommen werden. Die OIZ wurde für ihre Rolle als zentrales Informatikkompetenzzentrum und damit als departementsübergreifende Koordinatorin geschaffen. Alle dort geschaffenen Stellen sollen zumindest eine Verbindung zur OIZ haben; die Steuerung soll dort über die Gesamtausgaben vorgenommen werden. Wir beantragen, dass die OIZ dem Gemeinderat in geeigneter Form regelmässig Bericht über die verschiedenen Digitalisierungsprojekte, über die Auswirkungen auf die städtische IT-Infrastruktur sowie über die langfristigen Kosten erstatten soll. Für die Digitalisierung muss zuerst investiert werden, bevor es zu einem Effizienzgewinn kommen kann. Darum beantragen wir eine Erhöhung um 250 000 Franken. Idealerweise sollen die in der OIZ geschaffenen Stellen durch Stellen anderer Dienstabteilungen alimentiert werden.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Unser Minderheitsantrag ist ähnlich motiviert, wie der von der GLP. Es ist wichtig, dass die OIZ eine gewisse Steuerung und Koordination für die verschiedenen Digitalisierungsprojekte übernimmt. Wir waren aber der Meinung, dass weniger Stellen sinnvoll wären, weshalb wir für zwei Stellen argumentierten. Da der Antrag der GLP nun aber auf 250 000 Franken reduziert wurde, entspricht das beinahe unserem Antrag. Darum ziehen wir ihn zurück und stimmen mit der GLP.

Renate Fischer (SP): Wir sind wie die GLP der Meinung, dass die Digitalisierung der städtischen Verwaltung durch die OIZ koordiniert werden soll. Über das Ausmass der Koordination sind wir uns aber nicht einig. Erst muss definiert werden, welche Aufgaben die Koordinationsstellen erfüllen müssen. Dann kann die notwendige Anzahl der Stellen definiert werden. Die Koordination soll beispielsweise verhindern, dass einzelne Dienstabteilungen für die Digitalisierung von allgemeinen Abläufen von sich aus Informatikfirmen engagieren, die Anwendungen nur für die entsprechende Dienstabteilung programmieren. Leider kam es in der Vergangenheit zu solchen Fällen. Aufgrund dieser Überlegung beantragen wir eine Textänderung, die die fixe Anzahl von fünf Stellen durch die Formulierung «eine angemessene Anzahl» ersetzt. Die Koordinationsstellen sollen innerhalb des Budgets kostenneutral übertragen werden. Da die benötigte Stellenanzahl unklar war, nahm die SP ursprünglich die Haltung ein, dass die Anträge für zusätzliche Stellen bei der OIZ nicht unterstützt werden sollen. Da jetzt die Digitalisierung in allen Dienstabteilungen voranschreitet, muss die Koordination möglichst zeitnahe aufgegleist werden. Gemeinsam mit der GLP und den Grünen werden wir den Antrag unterstützen, der 250 000 Franken für die benötigten Koordinationsstellen vorsieht. Damit soll der OIZ eine gewisse Planungssicherheit ermöglicht werden. Gleichzeitig fordern wir den Stadtrat auf, dass die Übertragung der Stellen durchgeführt wird. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Fällen, in denen die geforderten Stellen geschaffen, aber nicht wie gefordert kompensiert wurden. Mit der Textänderung unterstützt die SP das Postulat und stimmt dem geänderten

Antrag der GLP zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die grundsätzliche Stossrichtung des Postulats entspricht der gelebten Praxis. Die OIZ stellt den tragenden Angelpunkt, die Schnittstelle und das Kompetenzzentrum der IT in der Stadt dar. Sie führt nicht alle Aufgaben selbst aus, was nicht effizient wäre. Sie beauftragt Externe für sehr spezifische Anwendungen, wenn diese nicht in der eigenen Dienstabteilung bearbeitet werden können. Ausserdem überprüft die städtische IT-Delegation, welche IT-Angelegenheiten wo geschehen. Jedes Projekt in der Höhe von über 200 000 Franken muss durch die IT-Delegation überprüft werden. Der Stadtrat lehnte das Postulat mit den fünf Stellen ursprünglich ab. In der nun allgemeineren Form können wir das Postulat entgegennehmen und werden es prüfen. Wie es schliesslich genau umgesetzt wird, kann ich noch nicht voraussagen. Erst müssen Diskussionen im Stadtrat und mit dem Direktor der OIZ erfolgen.

Severin Pflüger (FDP): Bei den Überlegungen und Bemühungen zur Digitalisierung in den verschiedenen Dienstabteilung handelt es sich nicht um Wildwuchs, sondern um einen sehr guten und kreativen Prozess, der zum Ziel führt. Aber ein planwirtschaftliches Vorgehen, die Schaffung einer zentralen Stelle für die Digitalisierung und die Ansiedlung beim OIZ greifen zu kurz. Die OIZ ist eine Dienstleistungsstelle und damit ein Ort, an dem Dienstleistungen eingekauft werden – sie ist nicht ein Treiber. Sie kann nicht Koordinationsaufgaben übernehmen. Dafür bestehen andere Gremien, etwa die Informatikkommission. Der Druck muss von der Führung aus kommen. Umgesetzt und durchdacht muss es in der Linie werden. Dann ist die OIZ einer der möglichen Lieferanten der Digitalisierung. Bei einem Koloss wie der Stadt Zürich kann die Digitalisierung nicht auf planwirtschaftliche Weise umgesetzt werden. Sie muss dort angestossen werden, wo die Menschen arbeiten, die die Prozesse kennen. Erst danach können ähnliche Prozesse und ähnliche Lösungen an anderen Orten angewendet werden. Die FDP wendete sich gegen keine Stelle, die der Digitalisierung in den Departementen und Dienstabteilungen dient. Wir halten es für die richtige Investition; dort kann ein Effizienzgewinn erfolgen. Wenn ein Minister für die Digitalisierung und ein entsprechendes Ministerium für die Digitalisierung geschaffen wird, dann kann die Digitalisierung nicht erreicht werden. Mit den Massnahmen, die die GLP vorschlägt, wird lediglich mehr Bürokratie geschaffen und die Digitalisierung verzögert.

Shaibal Roy (GLP): Die Textänderung der SP nehmen wird an. Dass die Digitalisierung mit der IT zusammenhängt, ist allen bewusst. Wir sind auch der Meinung, dass der Bestellende sagen muss, was er will. Auch dass durch die Schaffung von Koordination ein Effizienzgewinn erzielt werden kann, glaube wir alle. Warum die FDP dann 500 000 Franken bei der OIZ streichen will, kann ich nicht nachvollziehen. Wir wollen zweieinhalb Stellen ermöglichen; von einem Digitalisierungsministerium kann nicht gesprochen werden. Die zweieinhalb Stellen dienen der Koordination der Digitalisierungsprojekte in der OIZ. Die OIZ soll dabei nicht die Funktion eines Bestellers übernehmen, sondern koordinieren und das zusammenführen, was in den Besteller-

Units erarbeitet wird.

S. 190	20 2080 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
037.	Antrag Stadtrat				49 902 300	Mehrheit
			499 000		49 403 300	Minderheit 1
				250 000	50 152 300	Minderheit 2
				200 000	50 102 300	Minderheit 3
						Abwesend
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Walter Angst (AL) Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	SVP: Stellenwachstum und Lohnkostenanstieg bremsen. Reduktion um 1 %; GLP: Kostenneutrale Übertragung von 5 Stellenwerten Digitalisierung an OIZ; Grüne: 2 zusätzliche Stellen für die Steuerung und Koordination von Digitalisierungsprojekten			

Shaibal Roy (GLP) beantragt für den Antrag der Minderheit 2 neu eine Erhöhung um 250 000 Franken.

Felix Moser (Grüne) zieht namens der Grüne-Fraktion den Antrag der Minderheit 3 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(49 902 300)	4 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(49 403 300)	34 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(50 152 300)	<u>83 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 zugestimmt.

SICHERHEITSDEPARTEMENT

Antrag 039.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christoph Marty (SVP): Wir halten die Budget-Position für mangelhaft. Es geht um bargeldloses Bezahlen, wovon 95 000 Franken eine App betreffen, die nun fertiggestellt wurde. Darum ist nicht nachvollziehbar, warum dafür wiederum Geld budgetiert werden muss. Wenn bargeldlos bezahlt werden kann, werden sich die Kosten mehr als um die budgetierten zehn Prozent reduzieren. Darum ist eine weitere Reduktion von 100 000 Franken möglich. Davon betroffen ist auch die Münzgeldverarbeitung, wo die Kosten um 110 000 Franken reduziert werden können. Aus diesen drei Punkten setzen sich die 305 000 Franken zusammen, die aus unserer Sicht eingespart werden können.

Florian Utz (SP): Wenn bargeldloses Bezahlen eingeführt wird, führt das zu zusätzlichen IT-Kosten. Auch beim bargeldlosen Bezahlen entstehen Kosten der Transaktionen, so etwa die Kreditkartengebühren. Die Kosten entstehen an einem anderen Ort, fallen aber genauso beim bargeldlosen Zahlungsverkehr an.

S. 199	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2505	Parkgebühren				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
039.	Antrag Stadtrat				1 120 000	Mehrheit
			305 000		815 000	Minderheit Abwesend
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Begründung: Einführung von bargeldlosem Bezahlen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 040.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Christina Schiller (AL): Im September 2018 wurde vom Bund festgelegt, dass 34 Personaleinheiten für die Erfüllung der Schutzaufgaben in Zürich notwendig sind. Im Zusammenhang mit dem Rückzug der Armee wurden bereits mit dem Budget für die Jahre 2014 und 2015 14 Stellen bewilligt. Jetzt werden zusätzliche 10 beantragt und für das Budget für das Jahr 2020 sollen wiederum 10 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die Polizei entschied, dass die Schutzaufgaben mit einer eigenen Organisationseinheit abgedeckt werden sollen. Nach unserer Sicht sollen drei der zehn Stellen mit dem bereits bestehenden Bestand besetzt werden. Es handelt sich dabei um die drei Stellen, die vom Bund nicht vergütet werden. Darum sollte eine kostenneutrale Lösung gesucht werden. Die drei Stellen bei Bedarf mit dem jetzigen Bestand zu besetzen, bringt die Sicherheitslage in Zürich nicht ins Schwanken.

Andreas Egli (FDP): Wir lehnen eine Reduktion des Personals der Stadtpolizei ab. Bereits jetzt beobachten wir nicht nur ein Bevölkerungswachstum, sondern auch eines der 24-Stunden-Gesellschaft. An der Langstrasse beginnt das Wochenende bereits am Dienstag. Trunkenbolde und Lärmbrüder und -schwestern betteln förmlich darum, von den Uniformierten der Stadtpolizei betreut und behandelt zu werden. Darum sind sehr viele Stunden im Schichtbetrieb zu leisten. Beachtliche 22 000 Stunden, im weitesten Sinne Überstunden, fielen in diesem Jahr an. Das bedeutet, dass die Stadtpolizisten teilweise an der Grenze des familiär und sozial Verträglichen arbeiten müssen. Wegen dieses Problems reichte die FDP ein Postulat ein, mit dem sie fünfzig zusätzliche Stellen beantragt. Zehn Stellen können jetzt über das Budget finanziert werden. Sie sind jetzt vorgesehen und schliesslich direkt, also nicht über die Polizeischule, auf dem freien Markt zu suchen. Es handelt sich um Mitarbeiter, die über eine abgeschlossene Polizeiausbildung verfügen und sofort einsatzbereit sind. Das soll weder das Sicherheitsdepartement noch den Gemeinderat dazu einladen, die Polizeischule zu schwächen, sondern sie weiterhin zu unterstützen.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit vertritt die vernünftige Mitte. Der Antrag der AL wird im Wesentlichen damit begründet, dass für die Botschaftsbewachung nicht wie vom Bund vorgesehen zehn, sondern sieben neue Stellen benötigt werden. Der Freisinn argumentierte mit dem Überzeit-Saldo von 22 000 Stunden. Beide Seiten haben in gewisser Hinsicht recht. Auch ich glaube, dass mit der Schaffung der vom Bund geforderten zehn neuen Stellen Effizienz geschaffen wird. Gleichzeitig besteht inklusive der potenziellen Überstunden ein Überzeit-Saldo von 22 000 Stunden. Wir lehnen sowohl Kürzungen und Streichungen als auch zusätzliche Stellen bei der Stadtpolizei ab. An gewissen Orten muss weniger getätigt werden, beispielsweise bei der Verfolgung von Kiffern. An anderen Orten kann und soll mehr gemacht werden; die 24-Stunden-Gesellschaft führt zu entsprechenden Effekten. Die Überzeitsaldi stiegen im Vergleich zum letzten Jahr nicht, sie blieben bei 22 000 Stunden. Das entspricht rund elf Überstunden pro Stadtpolizistin und -polizist. Wenn die drei Stellen des Effizienzgewinns für diesen Abbau eingesetzt werden, kann dies innerhalb von drei

Jahren erfolgen. Darum halten wir unsere Position der Mitte für die Richtige.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die zehn Stellen für den Botschaftsschutz sind begründet, sie wurden schliesslich von der Stadtpolizei eingereicht. Die zehn Stellen werden geschaffen, um konkret Überstunden zu kompensieren. Ausserdem wurde ein Vorstoss eingereicht, der fünfzig neue Stellen fordert. Die Stadtpolizei selbst sagt aus, dass sie sich den neuen und alten Herausforderungen stellt, auch der neu ihr zugeteilten Aufgabe des Botschaftsschutzes. Dafür schaffen wir die zehn neuen Stellen. Das ist richtig. Nicht richtig ist, mehr Stellen zu schaffen, um Pseudosaldi abzubauen. Dass die zehn neuen Stellen zum Effizienzgewinn führen, macht Sinn und wir profitieren davon.

Roger Bartholdi (SVP): Wir reichten eine entsprechende Motion ein, mit der wir eine seriöse Planung fordern. Es ist überstürzt, mit dem Budget zehn Stellen zu streichen, auch weil nicht klar ist, um welche es sich handeln sollte und wie schnell neues Personal ausgebildet und rekrutiert werden kann. Wir halten den Ansatz der FDP für richtig: Es fällt nicht nur Mehrarbeit an. Aus Gesprächen mit Polizistinnen und Polizisten geht hervor, dass sie während und nach dem Hochrisikospiele im Letzigrund während der Nacht arbeiteten und dann bereits wieder am Mittag einsatzbereit sein mussten. Trotzdem wird von ihnen eine tadellose Arbeit verlangt. Die Verhältnisse sind nicht mehr zumutbar, es gibt nachweislich zu wenige Polizisten. Als temporäre Lösung unterstützen wir den Antrag der FDP, auch wenn das weitgehende Problem mit den zehn Stellen noch nicht gelöst werden kann.

Peter Anderegg (EVP): Die EVP unterstützt den Antrag der FDP, die Forderung von zehn zusätzlichen Stellen. Wir sind überzeugt, dass die vorhandene Überbelastung eine Entlastung verlangt.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin der Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart Sutter: Beim Schutz der Konsulate zieht sich die Armee seit Jahren schrittweise zurück. Bis ins Jahr 2019 werden 34 Stellen für den Schutz benötigt. Acht werden weiterhin von der Armee gestellt, während 26 Stadtpolizistinnen und -polizisten den Schutz der Konsulate gewähren sollen. Für das Jahr 2020 wird sich die Armee vollständig zurückziehen. Die zusätzlichen Stellen sind refinanziert. Der Betrag liegt knapp unter dem für Stadtpolizistinnen und -polizisten, es müssen aber Polizistinnen und Polizisten sein, die bewaffnet sind. Jede Stelle, die nicht bewilligt wird, muss von der Grundversorgung der Stadtpolizei entnommen werden, darum halten wir das für keine gute Lösung. Der Antrag der FDP ist sehr gut gemeint. Die zehn Stellen können nicht ohne Weiteres auf dem Markt rekrutiert werden: Die Polizistinnen und Polizisten brauchen eine Ausbildung an der Polizeischule. Von den ersten Lehrgängen wurden bereits Aspirantinnen und Aspiranten angestellt, vom zweiten Lehrgang wurde die Hälfte bereits angestellt. Für den dritten Lehrgang wird die Rekrutierung im Frühling 2019 erfolgen. Die Klassen können nicht ohne Weiteres verdoppelt werden, wir müssen die Schulleitung der Zürcher Polizeischule berücksichtigen und zuerst mit ihr Rücksprache

12 / 34

halten. Darum ist der Antrag, zehn Stellen für das Jahr 2019 zu schaffen, zu kurzfristig. Erst muss einer seriösen Betrachtung Zeit gegeben werden.

S. 203	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
040.	Antrag Stadtrat				216 191 200 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
			281 200		747 400 N	
				1 000 000	216 657 400 Minderheit 1	Walter Angst (AL) Referent
					217 938 600 Minderheit 2	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
						Raphaël Tschanz (FDP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:				
						AL: 3 der beantragten 10 Stellen zur Erfüllung Schutzaufgaben aus Bestand kompensieren;
						FDP: 10 zusätzliche Stellen Polizei an der Front, damit kann der Überhang an Überstunden und Überbelastung der Frontpolizei reduziert werden

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(216 938 600)	72 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(216 657 400)	10 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(217 938 600)	<u>38 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 041.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Wir verlangen eine bescheidene Reduktion. Wir wollen nicht, dass etwas reduziert wird, das Sicherheit garantiert: Wir wollen, dass dem Aufrüsten mit Apparaten, insbesondere den automatischen Kontrollapparaten, ein*

Riegel vorgeschoben wird. In letzter Zeit kam es zu einer regelrechten Aufrüstung dieser Apparate. Auch werden ältere Apparate durch neue mit geringerer Toleranz ersetzt. Das führt auch zu einem gewissen Sicherheitsproblem, da man gezwungen wird, nicht mehr auf die Strasse, sondern auf den Tachometer zu schauen. Effektiver wäre eine Investition in Tafeln, die die aktuelle Geschwindigkeit anzeigen. Das ist wirkungsvoll und dient der Sicherheit, während die Automaten lediglich den Finanzen der Stadt dienen.

Florian Utz (SP): Selbstverständlich dienen die automatischen Verkehrskontrollgeräte oder die Radaranlagen der Sicherheit. In Zürich sterben immer noch mehr Menschen durch Verkehrsunfälle als durch Gewaltkriminalität. In den letzten Jahren stieg die Anzahl der Radarfallen nicht: Innerhalb von acht Jahren wurden lediglich fünf zusätzliche Geräte angeschafft. Die SVP stellte keine Frage zu diesem Konto. Niemand im Rat weiss, was auf diesem Konto im Detail eingestellt wurde. Keine Frage wurde zu Neu- oder Ersatzbeschaffungen der Radarfallen gestellt. Darum ist es auch möglich, dass keine einzige Ersatzbeschaffung geplant ist; die 400 000 Franken können auch die Streichung der neuen Streifenwagen bewirken. Bevor Kürzungsanträge gestellt werden, sollte zuerst gefragt werden, was sich auf dem Konto befindet.

S. 204	25 2520 3111 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
041.	Antrag Stadtrat				2 986 600	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
			400 000		2 586 600	Minderheit Abwesend Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
			Begründung: Auf Investitionen in Kontrollgeräte soll es nicht noch eine Zunahme geben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 042. und 043.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Wir reduzieren beide Budgetanträge auf eine Verbesserung um 50 000 Franken. Es geht uns nicht darum, die Zusammenarbeit mit futureLAB

einzustellen. Das Modul Grossereignis, das Teil des Projekts ist und im Jahr 2019 umgesetzt werden soll, soll sistiert und überdacht und die Rahmenbedingungen neu definiert werden. Seit längerer Zeit handelt es sich um ein Steckenpferd der Stadt, Bildbearbeitung zu optimieren, damit aus allen Quellen die verschiedenen Bildformate zusammengestellt und in der Einsatzleitzentrale auch für die Fahndung ausgewertet werden können. Ein neues Modul wird diskutiert, das Grossereignis, in dem sich auch das Bürgerportal befindet. Damit können selbst geschossene Fotos von Bürgerinnen und Bürger der Stadtpolizei zur Verfügung gestellt werden und diese kann sie schliesslich auch an die Beamtinnen und Beamten vor Ort weiterleiten. Eine solche Umsetzung ist unserer Meinung nach nicht zulässig, ohne dass vorher die Rahmenbedingungen klar definiert werden. In diesem Zusammenhang stellen sich diverse Fragen. STR Karin Rykart Sutter liess antworten, dass das Bürgerportal nicht im Jahr 2019 eingeführt werden soll. Technologie ist nicht wertfrei, was auch bei Überwachungstechnologien und der Datenverarbeitung gilt. Die Stadtpolizei hat diesbezüglich eine Aufgabe wahrzunehmen. Wir wollen nicht, dass die Stadtpolizei Bürgerinnen und Bürger dazu aufruft, Bilder zu schicken, damit interveniert werden kann – weder allgemein auf der Strasse, noch bei Grossereignissen oder Demonstrationen. Das fördert das gewünschte Bild der Polizei als Bürgerpolizei, die mit den Menschen zusammenarbeitet, nicht, sondern ruft die Überwachung in Erinnerung. Bei einem solchen Weg ist Vorsicht geboten. Ich hoffe, dass die Schritte in Richtung Öffnung der Polizei nicht zurück- oder eingestellt werden.

Stephan Iten (SVP): *Für uns ist unerklärlich, warum die Weiterentwicklung einer solchen Software für die Polizei alleine wegen des Moduls Grossereignis, das zurzeit noch gar kein Thema ist, gestoppt werden sollte. Es geht um Bilder, Fotos und Aufnahmen, was der AL ein Dorn im Auge ist. Darum gehe ich davon aus, dass die Smartpolice von der AL generell abgelehnt wird. Die Bearbeitung der Bildaufnahmen soll die Polizei effizient unterstützen und zur schnellen Auswertung verhelfen. Wir sind der Meinung, dass die Weiterentwicklung nicht gestoppt werden soll. Die Stadtpolizei muss mit futureLAB zusammen die Software weiterentwickeln, da sie auf ein massgeschneidertes Programm angewiesen ist, gerade in einer Zeit, in der die Bodycams aufkommen. Ob das Bürgerportal nun eingeführt wird oder nicht, ist nicht ausschlaggebend, weshalb wir den Antrag des Stadtrats unterstützen.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Wir teilen die Skepsis bezüglich der Überwachung. Aber die «Einführung eines Portals, das Bürgern erlaubt, Bilder der Polizei zur Verfügung zu stellen, ist im Rahmen des Budgets 2019 kein Thema», so die Budgetantwort. Auf diesem Konto gibt es also nichts zu streichen; das Bürgerportal wird im Jahr 2019 weder beschafft noch weiterentwickelt. Einzig die Smartpolice-Software wird für die interne Polizeiarbeit weiterentwickelt, verfeinert und modernisiert. Dieses Anliegen teilen wir alle. Die Höhe des Betrags – zuerst waren es 150 000 und nun sind es 50 000 Franken – wurde noch nicht begründet.*

Severin Pflüger (FDP): Die FDP wechselt von der Enthaltung zum Antrag des Stadtrats. Wir teilen die Beurteilung, dass für das Einrichten und Bewirtschaften eines solchen Bürgerportals bestimmte Grundlagen notwendig sind. Wir wollen nicht jeden Bürger mit einem Smartphone zum Denunzianten und Stasi-Mitarbeiter machen. Richtlinien sind notwendig, die festhalten, wie die Bilder verwendet werden, welchem Zweck sie dienen und welche Delikte damit ausgewertet werden sollen. Wenn ein solches Bürgerportal eingeführt wird, muss diese Diskussion im Gemeinderat gehalten werden. Das alles ist aber kein Grund, das Smartpolice-Projekt in Frage zu stellen, gerade da das Bürgerportal nicht Teil des Budgets des Jahres 2019 ist. Das Smartpolice-Projekt soll weiterentwickelt werden. Dann kann der politische Prozess über die Verwendung im Gemeinderat stattfinden.

Walter Angst (AL): Wir fragten sehr detailliert nach, um was es beim Projekt Smartpolice im Jahr 2019 gehen soll. Aufgrund dieser Antwort, die nach dem Abschluss der Budgetberatung erfolgte, reduzierten wir den Betrag, damit lediglich das Element Grossereignis gestrichen werden kann. Die Stadtpolizei hat den Lead. Es handelt sich um einen Verein, der verschiedene Polizeibehörden bildet, die nicht wirklich im Fokus einer parlamentarischen Kontrolle diese Technologie relativ selbstständig weiterentwickelt. Gerade eine solche Debatte bietet die Möglichkeit, dem Projekt Einhalt zu gebieten und das weitere Vorgehen zu überdenken. Die Stadtpolizei liess das Element Grossereignis entwickeln. Es wurde zum ersten Mal an der Street Parade 2018 eingesetzt. Der Prototyp wurde dann eingestellt und wird nun ausgerollt. FutureLAB macht auf ihrer Website Werbung mit dem Bürgerportal. Man kann mir darum nicht weismachen, dass die Einrichtung nicht Gegenstand der Diskussionen war. Ich verstehe die Polizeibeamten, die froh um solche Fotos sind, auf die sie reagieren können. In einem Grossereignis kann das sehr nützlich sein. Die Grenze zur Aufforderung zum Fotografieren und Einreichen der Fotos ist nicht nur sehr schmal, sondern kaum vorhanden. Vor der Entwicklung eines solchen Werkzeugs müsste das abgeklärt werden. Der Antrag bleibt darum bestehen. Es geht nicht um eine polizeikritische Haltung, sondern um das Image der Stadtpolizei und der Stadt selbst und um den Umgang mit solchen Technologien.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin der Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart Sutter: Sehr viele Fragen wurden zum Thema Smartpolice gestellt und wir lieferten viele Antworten. Es geht dabei nicht um die Einführung des Bürgerportals im Jahr 2019, sondern um die Grossereignisse wie das Züri Fäscht, die Street Parade, aber auch um ungeplante Grossereignisse wie beispielsweise ein grosser Brand, bei denen die internen Bilder der Polizeikräfte möglichst schnell verarbeitet werden können. Bekanntlich sind auch die Medien sehr ungeduldig. Es ist hilfreich, wenn die Bilder möglichst schnell geordnet und verarbeitet werden können. Das Bürgerportal ist nicht für das Jahr 2019 vorgesehen, es steht nicht im Zusammenhang mit dem Modul Grossereignis für das Jahr 2019.

16 / 34

S. 204	25 2520 3132 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat		50 000		3 113 700 - 35 000 N 3 028 700	Mehrheit Minderheit Enthaltung Abwesend
						Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP) Walter Angst (AL) Referent Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangi- nes (SP), Florian Utz (SP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Mehrheit
		Begründung:	Verzicht auf Weiterentwicklung Smartpolice, bis geklärt ist, dass auf Bürgerportal für Grossereignisse verzichtet wird bzw. dessen Einsatz geklärt ist			

Walter Angst (AL) beantragt namens der AL-Fraktion für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 50 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 65 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 043.

Wortmeldungen siehe Antrag 042.

S. 207	25 2520 501412 / 5200 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung Software / Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
043.	Antrag Stadtrat		50 000		950 000 900 000	Mehrheit Minderheit Enthaltung Abwesend
						Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP) Walter Angst (AL) Referent Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangi- nes (SP), Florian Utz (SP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Mehrheit
		Begründung:	Verzicht auf Weiterentwicklung Smartpolice, bis geklärt ist, dass auf Bürgerportal für Grossereignisse verzichtet wird bzw. dessen Einsatz geklärt ist			

17 / 34

Walter Angst (AL) beantragt namens der AL-Fraktion für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 50 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 044.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): *Nach der zweiten oder dritten Anfrage wurden die Antworten zur Frage, welche Blitzkästen ersetzt werden sollen, endlich geliefert. Wir wurden auf eine Liste verwiesen, auf der die Beantwortung zu finden sei. Daraus ist aber nicht eindeutig zu lesen, welche Radarkästen ersetzt werden müssen. Geht man von der Erläuterung aus, dass die Kästen nach acht bis zehn Jahren ersetzt werden müssen, wären es die zwei bei der Walchestrasse und die zwei am Bürkliplatz. Diese können aber getrost wieder abgebaut gehen. Bei der Walchestrasse werden lediglich die Tröpfchen-Lichtsignale überwacht; sie dienen also nicht der Verkehrssicherheit oder der Unfallprävention. Dazu kommt, dass der Stadtrat wiederholt sagte, dass Radaranlagen für zirka zehn Jahre pro Standort eingesetzt werden. Wird dieses Alter erreicht, sollte eine Anlage also abgebaut und nicht ersetzt werden. Bei 87 Blitzkästen in der Stadt kann sehr gut auf den einen oder anderen verzichtet werden. Wir befinden uns schliesslich nicht in einem Überwachungsstaat. Darum beantragen wir, dass die 2,307 Millionen Franken gestrichen und die Blitzkästen nicht ersetzt werden.*

Florian Utz (SP): *Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass Verkehrskontrollanlagen sehr wohl zur Verkehrssicherheit beitragen. Insbesondere wichtig ist das bei Schulen oder Kindergärten. Wir sind aber auch an Orten, an denen es um die Sicherheit von Erwachsenen geht, froh um diese zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen. Dass defekte Geräte nicht ersetzt werden sollen, kommt beinahe einer Aufforderung zum Vandalismus gleich und ist nicht sinnvoll.*

Weitere Wortmeldung:

Stephan Iten (SVP): *Bei unserem Antrag geht es nicht um die Anlagen, die zerstört werden; diese werden nach wie vor wieder ersetzt. Es geht um diejenigen, die nach acht oder zehn Jahren ausgedient haben. Eine Anlage wird für einen Zeitraum von zehn Jahren installiert, danach kann sie wieder abgebaut werden.*

18 / 34

S. 207	25 2520 501415 / 5060 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge / Mobilien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				5 903 200	Mehrheit
			2 307 000		3 596 200	Minderheit Abwesend
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
						Begründung: Keine Verkehrskontrollanlagen ersetzen, defekte Geräte entsorgen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 045.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andreas Kirstein (AL): Beim Antrag des Stadtrats geht es um die Beteiligung an der Abraxas Informatik AG. Das einzige Ziel ist die Steuervermeidung, denn dann muss keine Mehrwertsteuer bezahlt werden. Damit ist die Stadt der Privatwirtschaft ein schlechtes Vorbild. Ausserdem verfügen wir mit der OIZ bereits über einen gut aufgestellten IT-Provider, weitere Beteiligungen sind unnötig.

Felix Moser (Grüne): Die von Abraxas hergestellte Software beziehen wir nicht über die OIZ, sondern direkt von ihrer Herstellerin. Es handelt sich ausserdem um einen legalen Weg. Der Bund änderte die Regeln für Mehrwertsteuern: Wenn Gemeinden bei einer eigenen Firma einkaufen, wird ein reduzierter Mehrwertsteuersatz angewendet. Mit einer Beteiligung von lediglich 60 000 Franken reduziert sich die Mehrwertsteuer um 35 000 Franken pro Jahr. Darum halten wir die Beteiligung für wertvoll.

Weitere Wortmeldung:

Andreas Kirstein (AL): Im Gesamtkontext der Diskussion um die Steuergesetzgebung ist die legale Steuervermeidung für die Linken eine schwierige Haltung. Der Verzicht auf Steuervermeidungspraxen hingegen ist ein Argument der Linken, weshalb wir hierbei festhalten.



S. 207	25 2520 501430 / 5540 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Beteiligung an Abraxas Informatik AG / Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
045.	Antrag Stadtrat				0 Mehrheit 60 000 N	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			60 000		0 Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Peter Schick (SVP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
			Begründung: Verzicht auf Beteiligung Abraxas			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 046.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Der Zivilschutz ist eine wichtige Organisation und er leistet wertvolle Dienste. Das gilt für die Einsätze zugunsten der Allgemeinheit, aber auch für Sicherheitsthemen, namentlich die Katastrophenhilfe, die wir glücklicherweise momentan nicht häufig in Anspruch nehmen müssen. Es ist richtig und wichtig, dass der Zivilschutz seine Kompetenzen mit Hilfe von Wiederholungskursen erhalten kann. Trotzdem darf die Frage gestellt werden, wie lange solche Wiederholungskurse gehen sollen. Der Bund beantwortet diese Frage und legt zwei Tage für eine effiziente Durchführung und für die Kompetenzerhaltung fest. Wir vertrauen der Einschätzung des Bunds und wollen die WK-Dauer dementsprechend festlegen. Der Städteverband stellte im März 2018 die Forderung auf, dass die Mindestdauer von zwei Tagen gestrichen werden soll, weil zwei oder drei Abendkurse ausreichen sollen: «Die Aufgaben des Zivilschutzes sind aber nur in wenigen Fällen so komplex, dass zu deren Erhalt jährlich zwei oder drei Kurstage benötigt werden. Es ist vielmehr so, dass zwei oder drei Abendkurse pro Jahr, wie dies bei Milizfeuerwehren erfolgreich durchgeführt wird, für den Erhalt der fachdienstlichen Kompetenzen ausreichend sind.» Mit einer Beschränkung auf zwei Tage befinden wir uns auf der sicheren Seite.*

Dubravko Sinovcic (SVP): *Die Argumentation der Mehrheit erschliesst sich uns nicht. Die Antworten des Stadtrats besagen, dass die Einsatzfähigkeit der*

20 / 34

Zivilschutzorganisation mit einer solchen Einschränkung aufs Spiel gesetzt wird. Ein solches Spiel wollen wir wegen 15 800 Franken nicht eingehen.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): *Dass der Städteverband für sich mehr Flexibilität fordert und keine Minimalanforderungen wünscht, kann in jedem Bereich festgestellt werden. Viele Mitglieder des Gemeinderats erhielten einen Bürgerbrief eines Zivilschutz- oder Sicherheitsleistenden, der sehr viele Arbeiten beschrieb, die er als unnötig erachtete und mit denen seines Erachtens zu viel Zeit verschwendet wurde. Wegen dieses Bürgerbriefs wird nun ein Antrag im Budget gestellt – ein einzelner Bürger prangert also die Effizienz an und darum wird ein Streichungsantrag gestellt. Darum bitte ich, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.*

S. 211	25 2550 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Schutz & Rettung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
046.	Antrag Stadtrat		15 800		73 739 500 Minderheit 73 723 700 Mehrheit	Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP) Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP) Abwesend Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
			Begründung:	Festlegung der WK-Dauer gemäss den bundesrechtlichen Minimalvorgaben. Keine Kürzung bei Aktiv Plus und anderen Einsätzen zugunsten der Allgemeinheit		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 047.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andreas Egli (FDP): *Hier ein Pfosten, dort eine Insel und das alles mitten in der Strasse. Es handelt sich nicht um den städtischen Support-Beitrag an die Karosserie- und Spengler-Verbände und auch nicht um ein Kunstprojekt des kreativen Verbiegens von Kotflügeln und Kofferräumen – es handelt sich um Veloweichen. Sie absorbieren einen Teil der ohnehin knappen Aufmerksamkeitsressourcen der*

Verkehrsteilnehmenden, die beim Blick in den Seitenspiegel das Hindernis nicht sehen können oder zu spät erkennen und darum einen Blechschaden erleiden. Solange es nur den Pfosten oder den Blechschaden betrifft, ist das zahlbar, da wir eine reiche Stadt mit reichen Bürgern sind. Früher oder später aber wird ein Velofahrer oder eine Velofahrerin zum Opfer werden. Das ist ein zu hoher Preis, um unserem Perfektionismus im Strassenbau zu frönen. Deshalb stellen wir den Antrag, 40 000 Franken bei der Planung und Realisierung von Veloweichen einzusparen.

Felix Moser (Grüne): *Die bestehenden und geplanten Veloweichen dienen der Erhöhung der Sicherheit – nicht ihrer Reduktion. Sie trennen die Rechtsabbiegenden von den Geradeausfahrenden und verhindern, dass beispielsweise ein Lastwagenfahrer beim Abbiegen in einen Velofahrer fährt. Darum begrüssen wir die weitere Planung von den sinnvollen Veloweichen und halten eine Kürzung vor allem aus sicherheitstechnischen Gründen für schädlich.*

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): *Die Veloweichen wurden erst vor kurzem im Gemeinderat diskutiert; sie sind ein gutes Beispiel dafür, dass der Stadtrat Veloweichen nur dann realisiert oder stehen lässt, wenn sie von der Verkehrssicherheit nicht in Frage gestellt werden. Darum halten wir die Veloweichen für eine gute Investition.*

S. 218	25 2555 501210 / 5010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Bau von Verkehrseinrichtungen: Sammelkonto / Strassen/Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				12 480 000	Mehrheit
			40 000		12 440 000	Minderheit
						Abwesend
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Elisabeth Liebi (SVP)
						Begründung: Halbierung der Kosten für Planung und Realisierung von Veloweichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 048.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Der Verein Arud berätet, unterstützt und behandelt seit 25 Jahren Menschen, deren Suchtverhalten und Konsum von legalen und illegalen Substanzen problematisch ist. Spezialisten aus unterschiedlichen Fachbereichen stehen ihnen zur Verbesserung der psychischen und körperlichen Gesundheit diskret und persönlich zur Seite. Es handelt sich um die Bereiche Suchtmedizin, Psychiatrie, Psychotherapie, innere Medizin, Hausarztmedizin, Infektiologie, HIV- und Hepatitis-C-Behandlung, Opioid-Agonisten-Therapie und Sozialarbeit. Wir beantragen eine Verbesserung von 75 000 Franken auf 300'000. Wir wissen, dass der Verein Arud gute Arbeit leistet. Obwohl keine Beitragserhöhung beantragt wird, sind wir überzeugt, dass der Verein Arud seine Arbeit trotz der Beitragssenkung weiterführen kann. Die städtischen Gesundheitsdienste bieten ebenfalls solche Leistungen in verschiedenen Institutionen an. Der Umgang mit und die Konsumation der Drogen beinhaltet ein Risiko, das muss allen Konsumenten vor allem für den Bereich von illegalen Drogen bewusst sein. Durchaus ist dabei ein haushälterischer Umgang möglich. Nicht nur der Verein Arud muss sparen, auch andere in einer solchen Situationen sind davon betroffen.

Alan David Sangines (SP): Von der Minderheit konnten wir hören, dass der Verein Arud hervorragende Arbeit leistet. Wieso das Geld eingespart werden soll, jedoch nicht. Die Mehrheit sieht keinen Grund für diese Kürzung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Der Verein Arud leistet sehr wertvolle Arbeit für schwer drogensüchtige und schwersüchtige Menschen. Insgesamt trägt er seit Jahren sehr viel zur sehr erfolgreichen Drogenpolitik der Stadt bei. Uns ist wichtig, dass wir diese Politik so weiterführen können. Die Menschen mit echten Suchtproblemen müssen weiterhin entsprechend behandelt werden können. Eine Leistungskürzung zulasten der Abhängigen ist kontraproduktiv.

23 / 34

S. 227	30 3010 3636 00 108	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an Verein ARUD				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048.	Antrag Stadtrat				375 000	Mehrheit
			75 000		300 000	Minderheit
						Abwesend
		Begründung:	Beiträge an Verein ARUD (Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen) der finanziellen Situation anpassen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 049. und 050.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Marcel Bührig (Grüne): Bei diesem Budgetantrag geht es uns darum, den überwiesenen Globalbudgetantrag GR Nr. 2018/33 von uns und der AL ins Budget zu übernehmen. Der Stadtrat wollte den Globalbudgetantrag unserer Meinung nach nicht zu unserer vollen Zufriedenheit umsetzen. Darum stellen wir den Antrag, bei den Pflege- und Alterszentren je eine neue Steuerungsvorgabe einzurichten. Es geht um die Anzahl der Stellenwerte im Bereich Pflege pro Bett. Bei den Pflegezentren soll der Sollwert für das Jahr 2019 bei 0,75 und bei den Alterszentren soll er bei 0,2 festgelegt werden.

Elisabeth Liebi (SVP): Der Stadtrat ist bereit, den Globalbudgetantrag entgegenzunehmen. Mit ihm soll in den Pflege- und Alterszentren ein Personalschlüssel eingeführt werden. Wir sollten jedoch abwarten, bis der Stadtrat geprüft hat, welche zwei Steuergrößen und welche Zielwerte er vorschlägt. Das Parlament sollte nicht konkrete Steuergrößen verlangen. Die Steuergrößen müssen sachlich und betriebswirtschaftlich sinnvoll sein. Es ist die Aufgaben und die Pflicht der Exekutive, geeignete Kennzahlen zu definieren. Das Parlament ist nicht zuständig, wir haben später die Möglichkeit, zu korrigieren.

Weitere Wortmeldung:

Marcel Bührig (Grüne): *Es ist durchaus die Aufgabe des Parlaments, Steuerungsvorgaben vorzulegen. Das Parlament verfügt über die Budget-Hoheit, die Steuerungsvorgaben sind Teil davon. Darum stellten wir damals den Globalbudgetantrag. Wir legen nicht sinnfreie Zahlen fest. Wir erfragten diese. Sie stammen aus der stadträtlichen Antwort.*

S. 23	30 3020 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
049.	Antrag Stadtrat			Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
		Die Mehrheit der RPK beantragt die Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe «Anzahl Stellenwerte im Bereich Pflege pro Bett». Für 2019 ist der Soll-Wert bei 0,75 festzulegen.		Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Umsetzung Globalbudgetantrag GR Nr. 2018/33 , Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe «Personalschlüssel in der Pflege»			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 050.

Wortmeldungen siehe Antrag 049.

S. 45	30 3026 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Alterszentren Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
050.	Antrag Stadtrat			Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent

25 / 34

Die Mehrheit der RPK beantragt die Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe «Anzahl Stellenwerte Pflege und Betreuung pro Bett». Für 2019 ist der Soll-Wert bei 0,20 festzulegen.

Mehrheit Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Abwesend Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Umsetzung Globalbudgetantrag GR Nr. [2018/33](#), Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe «Personalschlüssel in der Pflege»

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 15 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag 051.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Es geht um die Gebühren in den Alterszentren. Vor einem Jahr reichte die SP-Fraktion ein Postulat ein, das forderte, dass der Stadtrat prüfen soll, wie auf Gebührenerhöhungen in den Alters- und Pflegezentren verzichtet werden kann. Mit den Stimmen der SP, der SVP, der Grünen und der AL wurde das Postulat mit deutlicher Mehrheit überwiesen. Eine Forderung war, dass der Stadtrat überprüfen soll, wie Leistungen, die zugunsten der Allgemeinheit erbracht werden, von der Allgemeinheit über Steuermittel finanziert werden können, damit Menschen in den Alters- oder Pflegezentren nicht für diese Leistungen bezahlen müssen. Das Postulat wurde zur Hälfte, in den Alterszentren, umgesetzt. Sie weisen nun zwei unterschiedliche Kostendeckungsgrade auf: eine vor Abzug der Leistungen zugunsten der Allgemeinheit und eine nach dem Abzug. Die Umsetzung gelang aus meiner Sicht einwandfrei. Anders sieht es bei den Pflegezentren aus. Dort wurde nicht geprüft, wie hoch die Beträge der Leistungen zugunsten der Allgemeinheit sind. Trotzdem soll es in den Pflegezentren zu zwei Gebührenerhöhungen in zwei bestimmten Bereichen kommen. Das Thema ist komplex; viele Erwägungen spielen eine Rolle: Wie es etwa bei Personen mit Ergänzungsleistungen ist oder ob in Bereichen mit vielen EL-Beziehenden punktuell Gebühren angepasst werden sollen. Die verschiedenen Punkte müssen seriös und als Teil des Gesamtbildes betrachtet werden. Wir lehnen darum die Gebührenerhöhung ab und fordern eine genaue Prüfung.*

Corina Ursprung (FDP): *Es handelt sich um eine komplexe Materie; viele Faktoren spielen eine Rolle. Der Stadtrat prüfte eine Umsetzung des Postulats genau und kam zum Schluss, dass eine Umsetzung zu mehr Aufwand in den Pflegezentren führt, weshalb eine Gebührenerhöhung notwendig ist. Die geforderte Quersubventionierung aus dem Haushaltsüberschuss widerspricht den gesetzlichen Grundlagen. Ausserdem wird damit die Stellung der privaten Heime massiv verschlechtert. Auch stimmt das sozialpo-*

litische Argument nicht, dass dies denen zugutekommt, die viel für die Stadt leisteten. Achtzig Prozent der über Achtzigjährigen leben zuhause und profitieren nicht vom Verzicht der Gebührenerhöhung; sie müssen sogar mehr Steuern bezahlen. In vielen Fällen werden den Betroffenen Ergänzungsleistungen ausbezahlt, was von uns, vom Kanton und vom Bund bereits finanziert wird.

Weitere Wortmeldungen:

Guy Krayenbühl (GLP): *Die Gebührenerhöhung um 2,4 Millionen Franken ist moderat. Ausserdem darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass wir in den letzten Jahren viel investierten, beispielsweise im Bereich Demenz. Mehr Leistung kostet mehr Geld. Der Stadtrat ist verpflichtet, die Gebühren immer wieder zu überprüfen. Bei der jetzigen Überprüfung stellte er fest, dass die Gebühren nicht mehr ausreichen, was diese moderate Erhöhung auslöste.*

Florian Utz (SP): *Dass nicht viele profitieren, die für unsere Stadt etwas leisteten, weil achtzig Prozent zuhause leben, stimmt nicht. Die achtzig Prozent leisteten auch viel, aber daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die betroffenen zwanzig Prozent nicht viel geleistet haben sollen, dem kann ich nicht folgen. EL-Beziehende haben es genauso verdient, nicht von höheren Gebühren betroffen zu sein. Bei der akuten und der Übergangspflege sind es achtzig Prozent, die keine Ergänzungsleistungen beziehen. Es handelt sich also um den Mittelstand, der betroffen ist. 2,4 Millionen Franken ist viel Geld; es handelt sich um einen grossen Einnahmeverzicht. Für die Betroffenen, die das bezahlen müssen, ist es ebenfalls sehr viel Geld.*

Corina Ursprung (FDP): *In keiner Weise unterstellte ich, dass Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, weniger für die Gesellschaft leisteten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Selbstverständlich prüften wir das Postulat im Detail. Der Mehraufwand der Betreuung von Menschen mit gerontopsychiatrischem Betreuungsprofil ist gegeben. Es handelt sich um Langzeitbewohnerinnen und -bewohner. Bei ihnen wirkt sich eine Tarifierhöhung am meisten aus. 95 Prozent dieser Bewohnerinnen und Bewohner beziehen Ergänzungsleistungen. Das bedeutet, dass sie nicht direkt für die Gebühren aufkommen müssen. Pflegezentren müssen einen Kostendeckungsgrad erreichen, der nicht bei hundert Prozent liegt. Wir bemühen uns aber, diesen möglichst hoch zu halten. Es geht nicht um eine generelle Preiserhöhung. Betroffen sind schliesslich 160 Bewohnende der gerontopsychiatrischen Betreuung; von ihnen beziehen 95 Prozent Ergänzungsleistungen. Der Mittelstand wird nicht zusätzlich belastet. Es geht um ein Betreuungsmodell, das hauptsächlich von Menschen bezogen wird, die Ergänzungsleistungen beziehen. Darum ist die Tarifierhöhung aus unserer Sicht gerechtfertigt. Pflegeleistungen und -tarifierungen bleiben auch in Zukunft Themen, die wir genau behandeln müssen, auch im Rahmen der Altersstrategie.*

27 / 34

S. 19	30 3020 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
051.	Antrag Stadtrat				8 755 900	Minderheit
				2 401 600	11 157 500	Mehrheit
						Abwesend
		Begründung:	Keine Gebührenerhöhung zulasten der pflegebedürftigen Menschen. Umsetzung von Postulat GR Nr. 2017/442 wurde nicht einmal geprüft			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 34 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.

Antrag 052.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Elisabeth Schoch (FDP): Wir fordern, dass die Strukturen angepasst werden und dass bei den sehr hohen Personalkosten im Verhältnis zur Umsatzsituation endlich Massnahmen ergriffen werden. Das kann direkt bei den Personalkosten oder über den Umsatz erfolgen. Der relativ moderate Rückgang in der Höhe von 4,5 Prozent, den wir bei den Personalkosten fordern, ist in der Privatindustrie ohne Diskussion umsetzbar. Auch in einer städtischen Abteilung sollte eine Reduktion um 4,5 Prozent durch die natürliche Fluktuation umsetzbar sein, insbesondere auch dadurch, dass Mitarbeiter in andere Abteilungen, beispielsweise ins Triemlispital oder ein Alters- oder Pflegezentrum, transferiert werden können. Mit der Reduktion kann erreicht werden, dass das Waidspital mit einem guten Ergebnis in die Spitalplanung des Kantons einsteigen kann. Dann würde es sich ausserdem nicht mehr um das teuerste Spital handeln. Die Mitarbeitenden können dann wieder stolz auf ihre Leistung sein und müssten nicht mehr in einem dermassen defizitären Spital arbeiten. Obwohl wir keine Mehrheit erreichen können, hoffen wir, dass die Spitalleitung die Zeichen der Zeit versteht und dass der Vorsteher des Gesundheitsdepartements ebenfalls diesen Weg anstrebt.

Alan David Sangines (SP): Der Aussage, dass bei einer Einsparung der Personalkosten um 4,5 Millionen Franken das Personal stolz darauf sein sollte, im Spital zu arbeiten, kann ich nicht folgen. Das Waidspital nahm im Jahr 2018 Einsparungen vor. In diesem Jahr wurden bereits 26 Stellen gegenüber dem Vorjahr reduziert. Im kommenden

Budget wurden wiederum weniger Stellen beantragt. Für die Mehrheit ist es wichtig, dass mit Augenmass gespart wird. Die Spitaldirektion wurde zusammengelegt und bis Ende Jahr werden die beiden Stadtspitäler ihre Angebotsstrategie überarbeiten. Das Stadtspital Waid kündete ausserdem bereits an, dass nicht alle Stellen ausgeschöpft werden sollen, wenn das nicht als notwendig erachtet wird. Die Minderheit fordert Entlassungen. Sie macht es sich mit ihrer Berechnung und mit der Aussage, dass die Personalkosten über dem Branchendurchschnitt liegen, sehr einfach. Von der Minderheit wurde hingegen nicht erwähnt, dass das Durchschnittsalter beim Waidspital deutlich über dem Durchschnitt liegt. Der Schweregrad der Erkrankungen und das Alter der Patientinnen und Patienten im Waidspital haben einen Einfluss auf den Pflegeaufwand. Nach bereits erfolgten Personaleinsparungen zusätzlich massive Personalstreichungen zu fordern, erachtet die Mehrheit der RPK nicht als sinnvoll. Das Personal im Waidspital darf stolz auf seine Leistung sein.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): *Die 26 genannten Stellen wurden nicht wie erwähnt abgebaut. Einige wurden in den unbezahlten Urlaub geschickt und erst dann ergab die neue Rechnung diese Reduktion von 26 Stellen. Wären diese Stellen abgebaut, könnte die Reduktion um 4,5 Millionen Franken fast ohne Aufwand erreicht werden. Es ist nicht sinnvoll, in einem Unternehmen zu arbeiten, von dem man weiss, dass viel zu viel Personal angestellt wird. Es darf nicht attraktiv sein, in einem Unternehmen zu arbeiten, in dem die Prozesse dermassen kompliziert sind, dass zehn Prozent mehr Personal notwendig ist, als bei anderen Spitälern – das kann nicht befriedigend sein.*

Walter Angst (AL): *Vorliegende Zahlen aus dem Trimesterbericht über den Personalbestand des Waidspitals zeigen, dass im zweiten Trimester insgesamt dreissig Stellen nicht besetzt waren. Der Stellenplafond des Waidspitals wurde bei weitem nicht ausgeschöpft. Auch ist bekannt, dass die Fallzahlen rückläufig sind und dass es einen Überbestand im Personal gibt. Es kann nicht per se gesagt werden, dass der heutige Bestand weiterhin gebraucht wird. Es besteht ein Problem auch bei der Flexibilität des Einsatzes des Personals. Angestellte des Waidspitals können nicht im Triemlispital eingesetzt werden, wenn das dort notwendig ist, weil das in den Stellenplänen nicht abgedeckt wird. Im Vergleich zu Entlassungen ist das ein besserer Weg, auch um Geld einzusparen. Die geforderten Entlassungen würden wegen des fehlenden Personals zu Mehrkosten führen.*

Alan David Sangines (SP): *Das Waidspital ist schweizweit führend in der Akutgeriatrie und behandelt überdurchschnittlich viele alte Menschen. Darum ist ein überdurchschnittlicher Pflegeaufwand notwendig. Das Stadtspital nun mit einem privaten, gewinnorientierten Unternehmen zu vergleichen, zeigt ein bedenkliches Weltbild. Wo sonst sollen denn diese Menschen untergebracht werden? Das Personal darf auf seine Arbeit stolz sein; es leistet hochstehende Arbeit.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Wir fordern nicht, dass im neuen Jahr sogleich 45 Menschen entlassen werden. Wir fordern Flexibilität; das ist die Aufgabe der Führungsperson. Ich*

habe nie ausgesagt, dass das Personal des Vorzeigespitals keine ausgezeichnete Arbeit leistet. Es ist nicht schwierig, ein Vorzeigeunternehmen zu sein, wenn man über einen sehr viel höheren Personalbestand verfügt. Andere Spitäler sind ebenfalls im Geriatrie-Bereich tätig. Für sie ist es möglich, verlustfrei ihr Unternehmen zu führen. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum das nicht auch im Waidspital möglich sein sollte. Gute Qualität kann auch geleistet werden, wenn betriebswirtschaftliche Faktoren berücksichtigt werden.

Marcel Savarioud (SP): *Seit dem Jahr 1998 bin ich Mitglied des Gemeinderats und erlebte viele Budgetdebatten. Dabei lernte ich, dass der Gemeinderat über die Budget-Hoheit verfügt. Wenn nun also ein solcher Antrag für Personalkürzungen gestellt wird, muss eine Kündigung erfolgen. Gewisse Übergangsfristen der Kündigungszeit bestehen. Das ist zwingend. Darum sollte die FDP ihren Antrag zurückziehen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportaments Stellung.

STR Andreas Hauri: *Ende September 2018 wurde ein Direktor für beide Stadtspitäler eingesetzt. Seit dieser Zeit überprüfen wir konsequent, wo Synergien stärker genutzt werden können und wo die Zusammenarbeit stärker vorangetrieben werden kann. Der Spitaldirektor hat die Aufträge, bis Ende Jahr eine Spitalleitung zu bilden, die ab dem 1. Januar 2019 eingesetzt wird, und eine Angebotsstrategie zu erarbeiten. Die Zusammensetzung der Spitalleitung wird morgen kommuniziert. Ebenfalls planmässig wird die Angebotsstrategie Ende Jahr fertiggestellt. Im Januar wird sie verifiziert und überprüft, so dass sie voraussichtlich im Februar dem Stadtrat und schliesslich dem Gemeinderat vorgestellt wird. Daneben laufen verschiedene Massnahmen und Sofortmassnahmen im Bereich der Synergien und der Zusammenarbeit. In den Bereichen Human Resources, Öffentlichkeitsarbeit, Akutgeriatrie und Palliative Care arbeiten wir bereits an der Umsetzung des Zusammenarbeitens. Die Personalkosten im Stadtspital Waid sind in Berücksichtigung der Quoten insgesamt zu hoch. Insgesamt liegen sie bei über siebenzig Prozent der Kosten, die vom Personal verursacht werden. Die Quote muss reduziert werden. Die Frage ist, über welchen Weg das erfolgen soll und welches Angebot zukünftig im Stadtspital Waid bestehen soll. Der vorliegende Antrag stellt sich all dem quer. Zuerst müssen wir die Angebotsstrategie fertigstellen. Sie wird schliesslich aufzeigen, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Stadtspital in Zukunft notwendig sind. Bereits jetzt eine Kürzung zu fordern, die beinahe fünfzig Stellen bedeutet, ist kontraproduktiv und beschneidet den aktuellen Prozess. Die Angebotsstrategie können wir spätestens Ende Februar präsentieren. Wenn nun ein Zeichen gesetzt wird und fünfzig Stellen per sofort abgebaut werden, ist das ebenfalls konterproduktiv in Bezug auf die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie leisten grossartige Arbeit. Sie befinden sich in einer schwierigen Situation, weil sie in den letzten Wochen sehr regelmässig auf sie bezogene, negative Schlagzeilen lesen mussten. Das gilt es nun umzukehren, die Wertschätzung muss wieder höher sein. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist bewusst, dass die Personalquote zu hoch ist. Die meisten akzeptieren den Weg, den wir beschreiten wollen.*

30 / 34

S. 65	30 3030 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Stadspital Waid			
		Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
052.	Antrag Stadtrat			8 022 000	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		4 500 000		3 522 000	Minderheit Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Die Personalkosten im Spital Waid betragen 73 %, branchenüblich wären ca. 63 %. Damit dieser Wert bis zur Evaluation der Leistungsaufträge erreicht werden kann, müssten im Jahr 2019 45 FTE (gegenüber Budget) eingespart werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 054.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Elisabeth Schoch (FDP): Der Antrag steht unter dem Motto «Charme-Offensive». In diesem Bereich haben unsere Stadspitäler und insbesondere das Waidspital nicht gleich lange Spiesse, wie alle anderen. So führen wir doch gerade auch hier eine öffentliche Debatte, während dies bei anderen Spitälern hinter verschlossenen Türen erfolgt. Die FDP glaubt ans Waidspital und sieht für die Sanierung nicht nur Kosteneinsparungen vor, sondern auch eine Vorwärtsstrategie. Diese wird gemacht, indem das Angebot neu definiert wird. Die Vorwärtsstrategie soll auch eine gewisse Investitionsbereitschaft aufzeigen. Der Antrag ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Wir hoffen, dass die Spitäler die Zeichen der Zeit erkennen und gehen davon aus, dass das Waidspital seine diesbezüglichen Aufgaben erkennt. Wir wollen, dass gegenüber den Zuweisern, der Bevölkerung und auch gegenüber den Mitarbeitern bekannt gemacht werden kann, für was das Waidspital und seine Qualität steht und wo seine Kompetenzen liegen. Nachdem wir immer wieder hörten, dass das Waidspital darunter leidet, dass wir oft über das Waidspital diskutieren, sind wir der Meinung, dass nun das hervorgehoben wird, was gut ist. Wäre das Spital keine Verwaltungsabteilung, wäre eine Diskussion über eine solche Aktivität längstens erfolgt.

Marcel Bührig (Grüne): Wir sind der Meinung, dass das Waidspital nicht auf mehr Geld im Bereich Marketing und Kommunikation angewiesen ist, sondern auf eine klar strukturierte Führung, um die Kosten senken zu können. Eine Charme-Offensive ist nicht zielführend und der Effekt solcher Aktionen schwierig zu messen. Das Waidspital ist in der Öffentlichkeit präsent, so bieten es beispielsweise einen Tag der offenen Tür oder die Teddyklinik an. Ich verstehe ausserdem nicht, wie dieser Vorschlag mit dem Antrag 052 zusammenhängt. Die beste Charme-Offensive für das Waidspital ist, wenn das Personal und die Leitung nicht kritisiert, sondern konstruktiv unterstützt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Guy Krayenbühl (GLP): Wenn man bei einem Antrag unterliegt, müsste der andere konsequent zurückgezogen werden. Uns störte auch, dass die Charme-Offensive nur für das Waidspital erfolgen soll, während erwiesenermassen beide Spitäler Probleme haben – das Geld müsste auf beide Spitäler verteilt werden. Sie verfügen aber bereits über Mittel, um kleinere Charme-Offensiven auszuführen. Die beiden Stadtspitäler sind ausserdem nicht unbekannt. Wir lehnen die Budgetverschlechterung ab.

Alan David Sangines (SP): Wir diskutierten den Antrag kontrovers. Wir halten ihn für einen Schlechtes-Gewissen-Antrag der FDP, die sich gegenüber der Bevölkerung als Totengräber der Stadtspitäler darstellte. Sie trug dazu bei, dass die Stadtspitäler medial litten. Das führte dazu, dass das Personal und die Patienten verunsichert waren. Die Charme-Offensive wird nach der Forderung nach massiven Personalentlassungen gestellt. Viele Menschen sind in Bezug zum Waidspital verunsichert. Auch andere Spitäler wie das Universitätsspital und die Klinik Hirslanden machen Werbung für ihre Angebote. Die beiden Stadtspitäler bieten hervorragende Angebote, ein exzellentes Personal sowie eine hochstehende Gesundheitsversorgung für alle unabhängig von ihrem Einkommen. Die SP ist eine Partei der zweiten Chance, darum stimmen wir dem Antrag zu.

Michael Schmid (FDP): Die Anträge 052 und 054 hängen eng zusammen. Es geht darum, dass das Waidspital im Jahr 2022 die Leistungsaufträge wiederum erhalten soll, die es für sein Überleben braucht. In den letzten zwei Legislaturen wurde zugelassen, dass die Stadtspitäler und insbesondere das Waidspital an die Klippe geführt wurden. Nun wurde der Ernst der Lage erkannt. Ich bin froh, dass die Dringlichkeit erkannt wurde und dass uns im Frühling 2019 die Entscheide vorgelegt werden, die dem Stadtspital Waid hoffentlich erlauben, auch im Jahr 2022 weiterwirken zu können.

Markus Kunz (Grüne): Dieser Antrag müsste zurückgezogen werden. Es ist nicht die Stadt, der die Schuld an der aktuellen Situation gegeben werden sollte; der Gesamtkontext und die Fallkostenpauschale dürfen nicht ausser Acht gelassen werden. Ein solcher Antrag müsste im Rahmen einer Strategie diskutiert werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Ich will nicht, dass eine reine Charme-Offensive durch Marketinggelder lanciert wird. Gewisse Massnahmen werden notwendig sein und gewisse Massnahmen sind bereits in Planung. Zur Charme-Offensive können wir aber alle beitragen. Die Stadtspitäler verfügen über dreissig Prozent Marktanteil in der Stadt und über fünfzehn Prozent im Kanton. In den letzten Monaten mussten sie viele negative Schlagzeilen über sich ergehen lassen. Das ist nicht richtig und nicht fair. Jetzt befinden wir uns auf einem guten Weg. Ich wünsche mir, dass Sie die Charme-Offensive lancieren, indem Sie die beiden Stadtspitäler aktiv empfehlen und die Leistung der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anerkennen, die tagtäglich sehr gute Arbeit leisten. Die Marketinggelder akzeptiere ich, wir werden sie ziel- und gewinnbringend einsetzen.*

S. 65 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
 3030 **Stadtspital Waid**
 PG 1 **Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
054.	Antrag Stadtrat			8 022 000	Minderheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP)
			500 000	8 522 000	Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Das Spital Waid benötigt eine «Charme-Offensive», um das Patientenvolumen verbessern zu können

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 055.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Alan David Sangines (SP): *Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die permanente Ausgabensteigerung auf diesem Konto teilweise nicht gerechtfertigt ist. Insbesondere auf der Ebene Management Services, auf der im Vergleich zum Vorjahr 47 000 Franken mehr und im Vergleich zum Jahr 2017 knapp 200 000 Franken zusätzlich budgetiert wurden. Im Jahr 2017 wurden für die Management Services 247 000 Franken budge-*

tiert, im Jahr 2018 wurden 390 000 Franken budgetiert und für das Jahr 2019 sollen es nun 437 000 Franken sein. Innerhalb von zwei Jahren sollte es also beinahe zu einer Verdoppelung kommen. Das wird hauptsächlich mit der Reorganisation im Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) begründet, was von einem Teil des Rats kritisch betrachtet wird. Die Mehrheit ist der Meinung, dass diese erneute Kostensteigerung nicht notwendig ist und beantragt darum eine Streichung um 40 000 Franken. Das entspricht weiterhin einer Budgeterhöhung im Vergleich zum Vorjahr. Mit der Erhöhung wurden Projekte für die Umwelt und für die 2000-Watt-Gesellschaft budgetiert: Diese Ausgaben erachten wir als gerechtfertigt. Die Streichung um 40 000 Franken soll deshalb lediglich im Bereich der Management Services erfolgen.

Rolf Müller (SVP): Wir beantragen eine Verbesserung um 500 000 Franken und damit ein Budget in der Höhe von 2,293 Millionen Franken. Im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) sind bereits genügend Fachexperten und Berater vorhanden, die das GUD gezielt unterstützen. Mit unserem Antrag anerkennen wir die Arbeit der Experten, die ihr enormes Fachwissen weitergeben können. Fachexperten sollten nur bei komplexen, übergreifenden Themen zusätzlich auch extern beigezogen werden. Wir sollten diese Gelegenheit nutzen, um mit dem vorhandenen Fachwissen einen Beitrag zur Senkung der Kosten zu leisten.

Felix Moser (Grüne): Die Minderheit 1 vertritt die Meinung des Stadtrats. Wir halten beide Kürzungsanträge für falsch. Mit dem Minderheitsantrag 2 müssten Massnahmen im Umweltbereich und im Bereich der 2000-Watt-Gesellschaft gestrichen werden. Das kommt für uns nicht in Frage. Auch den Mehrheitsantrag halten wir für unbegründet und unnötig.

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): Wir wechseln von der Enthaltung in die Minderheit 1 und schliessen uns ihrer Begründung an.

S. 235		30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz			
		3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
055.	Antrag Stadtrat				2 793 000	Minderheit 1 Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
			500 000		2 293 000	Minderheit 2 Peter Schick (SVP) Referent
			40 000		2 753 000	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
						Abwesend Elisabeth Liebi (SVP)

34 / 34

Begründung: SVP: Zurückhaltung mit externen Beratern, Fachwissen ist vorhanden;
SP: Verzicht auf Kostensteigerung bei «Management Services», keine Kürzungen bei Projekten für die Umwelt und die 2000-Watt-Gesellschaft

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(2 793 300)	60 Stimmen
Antrag Mehrheit	(2 753 000)	47 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(2 293 000)	<u>15 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 62 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 29, Beschluss-Nr. 692/2018).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat